Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA8.1: Leipzig wird Tarifstadt

Einreichende: AG Betrieb und Gewerkschaft Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Linke Leipzig setzt sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig Aufträge nur noch an Firmen vergibt, die nach Tarifvertrag bezahlen und die ihrerseits nur Aufträge an Unterauftragnehmer oder Leiharbeitsfirmen vergeben, die ebenfalls nach Tarifvertrag zahlen.

Falls es tarifgebundene Bewerber um einen Auftrag der Stadt Leipzig gibt, sind diese in der Auftragsvergabe zuerst zu berücksichtigen.

Dies soll auch jeweils für den Fall gelten, dass Leistungen im Auftrag der Stadt Leipzig im Ausland erbracht werden sollen, falls es dort Tarifverträge gibt.

Sollte dies im aktuellen rechtlichen Rahmen, in Punkten oder gesamt, nicht möglich sein, setzen sich die Linke Leipzig und ihre Mandatsträger*innen auf allen Ebenen dafür ein, dass der rechtliche Rahmen entsprechend angepasst wird, bis dies möglich ist.

Begründung:

Das sächsische Vergabegesetz (SächsVergabeG) setzt Tarifbindung nicht für potentielle Auftragnehmer für Aufträge des Landes Sachsen voraus und dient als eine von vielen gesetzlichen Grundlagen der Geschäftsordnung der Stadt Leipzig zur Vergabe von Leistungen. Daher kann die Stadt in der Auftragsvergabe keine anderen Anforderungen an potentielle Auftragnehmer stellen, als dies auf Landesebene der Fall ist.

Die EU Mindestlohnrichtlinie EU 2022/2041 fordert eine Tarifbindung von 80 Prozent, von den EU Mitgliedsstaaten. Der Bund hat sich ein neues Bundestariftreuegesetz gegeben, nachdem Aufträge des Bundes ab einem Volumen von 50.000€ nur noch an Firmen vergeben werden dürfen, die tarifliche Arbeitsbedingungen einhalten. In Leipzig sind politische Mehrheiten für eine Auftragsvergabe mit progressiven sozialen und ökologischen Standards möglich.

Es ist absurd, dass hier die Möglichkeiten Leipzigs durch die sächsische Landesregierung blockiert werden, wir dadurch hinter der Vergabepraxis des Bundes zurückfallen und somit wesentlich dazu beitragen, die aus der EU Mindestlohnrichtlinie geforderten 80% Tarifbindung zu verfehlen. Somit sind die Linke Leipzig und all ihre Mandatsträger*innen aufgefordert sich auf allen Ebenen für bessere soziale und ökologische Vergabekriterien einzusetzen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

2 ÄA. Änderungsanträge

übernommen: angenommen: abgelehnt: